Götterdämmerung an der Seine

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 6

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-347552

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer, Paris

Götterdämmerung an der Seine

Das ganze französische Psychodrama der siebziger Jahre bleibt unverständlich, wenn man die beiden Quellen vergisst, die jeweils ein Jahrzehnt zurückliegen und kräftig weiterwirken: der Staatsstreich von rechts 1958 mit dem Sturz der parlamentarisch-demokratischen 4. Republik und der Errichtung einer autoritären 5. Republik mit vertracktem Wahlsystem und Wahlkreisgestrüpp – und zehn Jahre später die Mairevolution 1968, die nicht nur Frankreich erschütterte und seither als Mahnmal und Gespenst fortdauert.

Der 1972 zwischen SPF, KPF und Linksliberalen abgeschlossene Pakt war ein Produkt sowohl des Gaullismus – Notwehr gegen die autoritären Schlingen – als auch des roten Mai 68; der Zusammenschluss der grossen Linksparteien zu einem konstruktiven Reformprogramm sollte neuen Massenrevolten vorbeugen und den friedlichen Übergang zu normalen parlamentarisch-demokratischen Zuständen ermöglichen.

Quittung

Bis September 1977 schien der Sieg der Union de la Gauche wahrscheinlich, nahezu unabwendbar. In den vorherigen Kantons- und Gemeinderatswahlen hatten die Linksparteien 53 Prozent erreicht. Der von der KPF heraufbeschworene brüske Abbruch der Volksfrontverhandlungen im Herbst 1977 und die jäh entfesselte, hauptsächlich gegen die SPF gerichtete Hetze vergifteten das Klima und verdarben die Chancen der ganzen französischen Linken für lange Zeit. In den Parlamentswahlen 1978 kam die Quittung.

Zwar erreichte die Linke im ersten Urnengang am 12. März über 50 Prozent und überrundete erstmalig den Rechtsblock. Die SPF wurde im Wählervolk zur relativ stärksten Partei, die KPF stagnierte mit 20 Prozent. Im zweiten Urnengang am 19. März schreckten die Wähler aber vor letzten Konsequenzen zurück. Die von der KPF-Führung aufgerissene Kluft war mit letzten unglaubwürdigen Erklärungen der Volksfrontpartner nicht mehr zu überbrücken. Auf diese Weise konnte sich der konservativ-gaullistische Bürgerblock trotz seiner inneren Zerrissenheit noch einmal mit wiedergefundener knapper Mehrheit retten – ein einziges Prozent Vorsprung im Wählervolk, infolge der ungerechten Wahlkreiseinteilung aber 60 Prozent der Parlamentssitze.

Die sechsjährige Geschichte der Linksunion ist damit beendet. Das 1972 beschlossene Gemeinsame Linksprogramm ist nur noch ein historisches Dokument. SPF, KPF und Linksliberale gehen wieder getrennte Wege. Ein neuer Abschnitt der französischen Innenpolitik hat begonnen.

Angst vor der Macht

Normalerweise kämpfen politische Parteien in Parlamentswahlen um Machtanteile. In Frankreich schien es in diesem Vormärz umgekehrt zu sein. Man weiss, dass in den nächsten Jahren infolge der Weltwirtschaftskrise und nach den besonderen Versäumnissen der bisherigen konservativen Koalition von den meisten Franzosen grosse Opfer verlangt werden müssen, ganz gleich unter welcher Regierung. Offensichtlich drängt sich in Paris keine politische Partei zur Verantwortung für diese unvermeidlichen Opfer und sucht im Gegenteil, für die bevorstehende schwierige Periode die Verantwortung auf die Gegenpartei oder auf Rivalen abzuwälzen.

Während der ganzen Wahlkampagne hatte man den Eindruck, dass die vier grossen Parteien (Gaullisten, Giscardisten, SPF und KPF) einander zumindest Anteile an Regierungsverantwortung und Macht zuzuschieben versuchen, wie brennende Spielbälle, an denen man sich die Finger versengen könnte, wenn man sie berührt.

Zwist im Rechtsblock . . .

Dies hatte schon mit dem spektakulären Rücktritt des Premierministers Chirac begonnen. Der Gaullistenchef wollte für den Sparplan seines Rivalen Giscard d'Estaing nicht mitverantwortlich zeichnen. Er spielte seither den Führer einer doppelbödigen Rechtsopposition mit sozialen Akzenten gegen die giscardistische Bourgeoisie. Chirac wollte schon 1976 Neuwahlen provozieren, um der für 1977/1978 erwarteten wirtschaftlichen Krisensituation zu entgehen. Altgaullist Debré hatte schon seit Jahren seinen Parteifreunden eine «Oppositionskur» empfohlen.

Die Haltung der Giscardisten ist in dieser Hinsicht nuancierter. Ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler gehört zu begüterten Schichten, die von der Krise bis jetzt weniger betroffen waren. Die Giscardisten gelten derzeit als die eigentlichen Vertreter entscheidender Teile der französischen Bourgeoisie, die sich seit 1969 schrittweise aus der gaullistischen Umklammerung löste. Giscard d'Estaing organisierte seit 1974 den Übergang zu neuen Formen der 5. Republik, in der die SPF nach Distanzierung vom «Programme Commun» möglichst bald eine massgebende Rolle übernehmen sollte. Die Verantwortung für die Krisenopfer der letzten siebziger Jahre soll vom Rechtsblock etwas mehr nach links verlagert werden!

. . . und in der Linken

Mitterrand, Chef der relativ stärksten Partei, näherte sich mit offensichtlichem Unbehagen der Macht, die ihm monatelang von den Meinungsinstituten und zuletzt sogar vom Herrn des Elysée («Ich werde mich einem Sieg der Linksunion nicht widersetzen, dazu habe ich keine verfassungsmässige Handhabe») zugebilligt wurde. Viele Linkspolitiker empfanden dies als vergiftetes Geschenk, auf einem Silberteller präsentiert. Sie

fühlten sich in einer Zwangssituation, in der es immer weniger Auweichstellen gab.

Der Zwist zwischen den Volksfrontpartnern wirkte seit September 1977 wie ein letzter Fluchtversuch vor der Machtfalle. Vorbeugend liess Mitterrand wissen, dass er im Ernstfall den Premierministerposten anderen Persönlichkeiten zuschieben würde, um sich vorwiegend der Partei zu widmen beziehungsweise für die Präsidentenwahl 1981 vorzubereiten. Noch drastischer war der Tanz des KPF-Generalsekretärs Marchais um das goldene Kalb der Macht. Selbst jahrzehntelange «Kenner» der KPF lernten das Staunen angesichts der neuesten Kapriolen des Georges Marchais.

Die neue Krise der KPF

Solange die KPF den aus Moskau kommenden Weisungen bedingungslos folgte, konnte man ihre Schachzüge leicht entziffern und vorhersehen. Es genügte, die «Prawda», die «Imprekorr», die «Rundschau» oder ein anderes Kominternorgan zu lesen, um die Taktik eines Cachin, Thorez oder Duclos zu begreifen. Mit der Verselbständigung der KPF ist es schwieriger, die Gesten eines Georges Marchais zu verstehen.

In der Kampagne für die Märzwahlen erlebte man einige Überraschungen. Marchais gab sich betont national und radikal sozial. Typisch hierfür waren zwei Plakate nebeneinander. Das eine für nationalistische Kleinbürger: «Weder Brüssel noch Bonn, weder Washington noch Moskau. Frankreichs Politik wird mit kommunistischen Ministern in Frankreich entschieden.» Unterton: «Wer macht uns das nach? Welche grosse Partei wagt es, sich von Washington, Bonn und Brüssel (EG) zu distanzieren, wie wir von Moskau? Keine. Ergo ist nur die KPF wirklich französisch-national-unabhängig.»

Das andere Plakat war für die linksextreme und linksunabhängige Generation des Mai 1968 bestimmt: «Für Selbstbestimmung in den Betrieben, für betriebliche Selbstverwaltung (Autogestion).» Jahrelang hatte die KPF diese «Kinderkrankheit» der «Autogestion» abgelehnt, nun warb sie mit betont klassenkämpferischen Parolen um ultralinke Schichten und Kreise.

In der Praxis haben sich diese ganzen taktischen Winkelzüge jedoch nicht bezahlt gemacht. Im Gegenteil. Seit der Wahlschlappe im März gibt es in der KPF ungewöhnliche Debatten. Parteimitgliedschaft und Funktionärsstab verlangen vom Politbüro Rechenschaft. Man weiss, dass die von Generalsekretär Marchais provozierte Sprengung der Linksunion im September 1977 und die anschliessende monatelange aggressive Kampagne der KPF gegen Mitterrand zur Wahlniederlage der ganzen Linken entscheidend beigetragen hat. Die scheinbare Wiederversöhnung der Volksfrontpartner zwischen den beiden Urnengängen wirkte unglaubwürdig und verstärkte noch das Unbehagen in der öffentlichen Meinung, insbesondere unter den Randwählern, auf deren Entscheidung es ankam.

Historische Verantwortung

Die historische Verantwortung der KPF-Führung für die Zerstörung der Linksunion und die Schützenhilfe für das morsche konservativ-gaullistische Regime liegen nun auch für einen breiten Teil der kommunistischen Parteimitglieder offen zutage.

Die KPF steht offensichtlich an einem Scheideweg: verstärkte eurokommunistische beziehungsweise nationalkommunistische Anpassung und staatsbewusste Salonfähigkeit nach den Beispielen der KP Italiens und Spaniens oder im Gegenteil Rückfall in linksradikale Sozialdemagogie. Beide Tendenzen entwickeln sich derzeit in offener Diskussion und streben in entgegengesetzte Richtungen. Schon der Volksfrontbruch im Herbst hatte das kommunistische Parteivolk erschüttert. Bis zur Märzwahl hegte man aber in den Reihen der KPF noch die Hoffung auf undurchsichtige schlaue Manöver des Politbüros, die letzten Endes von Erfolg gekrönt sein könnten.

Entscheidend ist nun, dass dieser ganze Zickzackkurs keinen Gewinn, sondern Niederlagen brachte. Daher die Protestwelle in der KPF. Man erwartet von Marchais Selbstkritik oder Rücktritt. Man fragt sich, ob die derzeitige KPF-Führung überhaupt noch eine zusammenhängende Strategie hat oder sich nicht schon seit Monaten auf Effekthascherei beschränkt.

Unverständlich ist bis heute, warum beispielsweise die KPF-Kandidaten in vier Wahlkreisen schon vor dem ersten Urnengang zurückgezogen wurden, mit der erklärten Absicht, aussichtslosen Linksgaullisten und Linkssozialisten den Vortritt zu lassen. Das Politbüro wollte auf diese Weise hauptsächlich SPF-Kandidaten schädigen. Das Wählervolk hat aber diese Absicht durchschaut und nicht honoriert. Auch viele kommunistische Wähler machten nicht mit.

Der nachträgliche Versuch des Politbüros, die Wahlschlappe der KPF zuerst in einen «Teilerfolg» umzudeuten, ist in den Parteizellen auf kritische Ablehnung gestossen und letzten Endes gescheitert. Man spricht nun freimütig von Wahlschlappe und sucht die Ursachen. Auch der weitere Versuch, die Schuld einfach auf die SPF abzuwälzen, ist misslungen.

Unvollständige «Entstalinisierung»

Die Diskussion über die wirklichen Gründe und Zusammenhänge konnten sich aber in der KPF bis jetzt nur zum Teil durchsetzen. Mitglieder und massgebende Funktionäre der KPF sind daher gezwungen, ihre Meinung vielfach in Leserbriefen an «Le Monde» und andere Tages- oder Wochenzeitungen bekanntzugeben. Marchais zeigt sich darob verlegen, versichert aber, dass es in dieser Sache kein Ausschlussverfahren geben werde.

Im Wochenblatt der Pariser KPF-Organisation «Paris hebdo» wurden Berichte über stürmische Zellenversammlungen veröffentlicht. In einigen Provinzorganisationen der KPF und in den «roten Hochburgen» rund um

die Hauptstadt wird die Diskussion bis jetzt vom Apparat erstickt. Dennoch hat jetzt eine Auseinandersetzung begonnen, wie man sie in diesem Ausmass vielleicht noch nie erlebte. Auch der sogenannte «demokratische Zentralismus» wird offen in Frage gestellt.

Faktisch handelt es sich darum, die in der KPF erst zur Hälfte durchgeführte «Entstalinisierung» weiterzutreiben. Dabei gibt es unter den neuen Ketzern Meinungsverschiedenheiten über die möglichen Wege solcher «Entstalinisierung»: innere Reformen, wie sie insbesondere von Politbüromitglied Paul Laurent und vom Parteihistoriker Jean Elleinstein angestrebt werden oder «revolutionärer Anstoss» von unten, wie er von kommunistischen Studentengruppen mit der Forderung nach Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages empfohlen wird. Angesichts dieser mehrschichtigen Opposition befindet sich das Politbüro in der Defensive. Die KPF durchquert ihre schwerste Krise seit den fünfziger Jahren, als sie mit der Ungarischen Revolution und den Chruschtschow-Enthüllungen über Stalins Verbrechen in ihren Grundfesten erschüttert wurde.